Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 50 (1956)
Heft: 11-12

Artikel: Vier Jahrzehnte ungarischer Geschichte
Autor: Posser, Diether
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140114

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nachwort:

Wir hatten ursprünglich einen größeren zweiten und dritten Teil vorgesehen, doch reichte uns einfach die Zeit nicht unter den Umständen und Bedrängnissen, in denen wir standen. Wir möchten unsern Lesern und Freunden wenigstens noch die Stichworte bekanntgeben, unter denen diese Arbeit geleistet werden sollte.

II. Bekenntnis
- Die Zeichen Gottes
- Gewalt und Gewaltlosigkeit
- Krieg, Militarismus, Koexistenz
- Jesus Christus

III. Hoffnung
- Gott und sein Bund mit uns
- Scheidung der Geister
- Die Kämpfer für den Frieden
- Die Arbeiterschaft, die Völker, das Volk
- Neuer Kampf und Einsatz des Glaubens und des Geistes

Im übrigen enthält das ganze Heft in allen den Zeugen, die zu uns sprechen, jenes Bekenntnis und jene Hoffnung, die als *Kraft* und *Hingabe* unter uns lebendig werden sollten. Wir möchten auch ausdrücklich betonen, daß die Redaktion sich zu diesem Zeugnis bekennt und weiterhin dazu stehen wird.

Vier Jahrzehnte ungarischer Geschichte*

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges vollzieht sich eine Entwicklung weltweiten Ausmaßes: die Unabhängigkeitsbewegung der kolonialen, halbkolonialen und Satellitenvölker: Indien, Pakistan, Indonesien, Indochina, Marokko, Tunesien usw., überall sind Staaten unabhängig geworden oder ringen noch um ihre Freiheit. Diese Entwicklung hat nun auch auf Osteuropa übergegriffen, wo die Staaten ein neues Verhältnis zur Sowjetunion als der Großmacht des Ostens wünschen.

In Polen und Ungarn ist dieser Kampf um Unabhängigkeit von Moskau bisher zum Ausbruch gekommen.

Die Umwälzung in Polen ging unblutig vonstatten. Nach Arbeiter- und Studentenunruhen hatte die Bevölkerung immer dringlicher eine Änderung der bisherigen Verhältnisse verlangt. Ein Ziel der Kritik war die Person des Verteidigungsministers Rokossowsky, der als gebürtiger Pole Marschall der Roten Armee geworden und nach dem

* Aus «Stimme der Gemeinde», Darmstadt.

Krieg als sowjetischer Vertrauensmann nach Polen geschickt worden war. Er galt in Polen als Symbol des Herrschaftsanspruches der Sowjets. Die andere Stoßrichtung ging gegen die undemokratischen Zustände in Regierung und Verwaltung. Die Stalinisten in der Polnischen Arbeiterpartei wurden von den Nationalkommunisten abgelöst, an deren Spitze Gomulka steht, der zum Ersten Parteisekretär dieser Partei gewählt wurde. Er hat sofort nach der «Machtübernahme» die Vergewaltigung der Demokratie, die Besudelung der Menschenwürde, Ungerechtigkeit, Quälerei und Demoralisierung der Vergangenheit gebrandmarkt. Die «Frankfurter Allgemeine» schrieb in den Tagen der Krise: «Das vordringlichste Problem für die neue Warschauer Parteiführung besteht gerade darin, ihr Verhältnis mit Moskau im Guten zu regeln.» Gomulkas Weitblick hat die Krise überstanden. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird der Umschwung in Polen die erhofften Auswirkungen ohne Blutvergießen erreichen.

Anders, dramatischer und erschütternder, verlief die Entwicklung in Ungarn.

Um die Ereignisse richtig würdigen zu können, ist es notwendig, wenigstens in gedrängter Kürze die letzten *vier Jahrzehnte ungarischer Geschichte* zu überblicken:

Bis 1918 bildete Ungarn die eine Reichshälfte der Österreichisch-Ungarischen Monarchie; der Kaiser von Österreich war gleichzeitig König von Ungarn. Nach der Auflösung der Doppelmonarchie wurde Ungarn selbständig. Nach einer kurzen Periode kommunistischer Diktatur unter Bela Kun im Jahre 1919 eroberte Admiral von Horthy die Macht. Die Kommunisten wurden ermordet, soweit ihnen nicht die Flucht ins Ausland gelang. Horthy behielt die Bezeichnung Königreich für Ungarn bei und nahm selbst den Regententitel (Reichsverweser) an. Sein Regime war eine konservative Diktatur, die die traditionelle Herrschaft großgrundbesitzenden Adels verkörperte. *Freie demokratische Wahlen gab es nicht.* Es wurde eine christlichnationale Einheitspartei gegründet, die das Parlament beherrschte. Geheime Wahlen gab es nur in den wenigen Städten; in den Landbezirken mußte *offen* gewählt werden. Dem Parlament war ein hocharistokratischer «Reichstag» *über*geordnet, der aber *nicht* aus Wahlen hervorging. Ihm und nicht der Volksvertretung waren die Minister verantwortlich, die im übrigen vom Reichsverweser ernannt und abberufen wurden. Mit Recht galt Ungarn als eine Hochburg der europäischen Reaktion.

Am 4. Juni 1920 hatten die Westmächte dem während des Ersten Weltkrieges verbündet gewesenen Land den Friedensvertrag von *Trianon* oktroyiert, der in seinen Auswirkungen noch schlimmer als der Vertrag von Versailles war: Ungarn verlor 70 Prozent seines früheren Gebietes und 60 Prozent seiner Bevölkerung an die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien. Diese Gebietsabtretungen waren unter nationalen Gesichtspunkten nur zum Teil berechtigt, wurden doch

dadurch zum Beispiel fast anderthalb Millionen Ungarn rumänische und 700 000 Ungarn tschechoslowakische Staatsangehörige. Die ungarische Außenpolitik konzentrierte sich seit dem Ersten Weltkrieg verständlicherweise auf die – zumindest zum Teil – berechtigte Revision des Vertrages von Trianon. Während sich die Nachbarstaaten Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien unter französischem Protektorat zu der «Kleinen Entente» gegen Ungarn zusammenschlossen, suchte Ungarn Anlehnung an Italien und Deutschland. Bei der völkerrechtswidrigen Aufteilung der Tschechoslowakei durch Hitler im Frühjahr 1939 erhielt Ungarn Teile der Slowakei und Karpatho-Rußland. 1940 wurden von Hitler und Mussolini durch den Wiener Schiedsspruch Teile von Rumänien an Ungarn gegeben. *1941 stellte sich Ungarn ganz den Achsenmächten zur Verfügung. Es beteiligte sich gegen territoriale Entschädigung an dem Feldzug gegen Jugoslawien und nahm vor allem mit eigenen Truppen an dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion teil.* Der ungarische Generalstabschef von Werth war einer der ersten ausländischen Militärs, die schon 1940 von Hitler in seine Angriffspläne gegen Rußland eingeweiht wurden. Die Ungarn waren auch schon vor dem Kriege als zweiter europäischer Staat nach Spanien dem Antikomintern-Pakt beigetreten. Als Ungarn nach verlustreichen Kämpfen kriegsmüde wurde, ließ Hitler im März 1944 das Land durch deutsche Truppen besetzen und Horthy entmachten. Der Führer der inzwischen gegründeten ungarischen nationalsozialistischen Pfeilkreuzler-Partei, Saalassy, wurde als Ministerpräsident eingesetzt. Der «braune» Terror herrschte im Land. Allein eine Million in Ungarn lebender Juden wurde ermordet. Nach der Aufgabe des Landes durch die deutschen Truppen infolge des Vormarsches der Roten Armee schloß Ungarn am 20. Januar 1945 einen Waffenstillstand mit den Alliierten. Die wichtigste Bedingung war, daß Ungarn alle Gebietserwerbungen nach 1938 an seine Nachbarn zurückgeben mußte. Die Behandlung der neuen ungarischen Minderheiten glich besonders in der Tschechoslowakei derjenigen, die auch die Deutschen nach 1945 dort erleben mußten.

Ungarn wurde Republik und sollte eine Demokratie werden. *Im November 1945 fanden die ersten und bisher einzigen, freien, geheimen, allgemeinen Wahlen in der ungarischen Geschichte statt.* Sie brachten der Kleinbauernpartei einen überwältigenden Sieg. Von 409 Mandaten erhielt sie allein 245, die Kommunisten 70, die Sozialdemokraten 69, die Bauernpartei 23, die Liberalen 2.

Die ungarischen Kommunisten respektierten dieses Wahlergebnis nicht. Zwar wurde eine Koalitionsregierung aus neun Vertretern der Kleinbauernpartei, vier Kommunisten, vier Sozialdemokraten und einem Bauernparteiler gebildet, doch begannen die Kommunisten, die sich die beherrschenden Positionen in Armee und Polizei gesichert hatten, alsbald mit undemokratischen Mitteln gegen die anderen Par-

teien vorzugehen. Es war ein Verhängnis, daß die führenden Köpfe der ungarischen KP wegen der Ächtung der Kommunisten in Ungarn seit 1920 im Ausland, vornehmlich in der Sowjetunion, gelebt hatten und weder zuverlässige Kenntnisse der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrer Heimat noch hinreichenden Kontakt mit der Bevölkerung hatten.

Auf dem Wege zur Volksdemokratie, das heißt zur Unterstellung aller politischen Gruppierungen unter die Führung der Kommunisten, wurden schwere Fehler und Verbrechen begangen. Die sowjetischen Verhältnisse wurden kritiklos kopiert. Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft und Bevorzugung der Schwerindustrie vor der Konsumgüterindustrie brachten schwere Störungen der ungarischen Wirtschaft mit sich. Der Lebensstandard sank, die Unzufriedenheit der Bevölkerung wuchs. In der «Partei der ungarischen Werktätigen», wie sich die KP Ungarns nach der Gleichschaltung nannte, gab es schwere Auseinandersetzungen über den richtigen Kurs. In dem Kampf der Stalinisten gegen die Nationalkommunisten kam es zu Justizverbrechen und ungerechtfertigten Hinrichtungen.

Die Bolschewisierung Ungarns war nur möglich, weil sich die Rote Armee im Lande befand. Zum Unterschied von Polen, der Tschechoslowakei und Bulgarien war sie als Feind ins Land gekommen. Die Sowjets blieben sich stets bewußt, daß Ungarn freiwillig an dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion teilgenommen hatte, durch den ihre Heimat an den Rand des Untergangs gebracht worden war. Alle Maßnahmen der sowjetischen Truppen standen daher in Ungarn mehr als anderwärts unter dem Gesichtspunkt der militärischen Sicherheit.

Nach den 1947 mit Ungarn und Rumänien geschlossenen Friedensverträgen hatten die Sowjets das Recht, bis zum Abschluß des Österreichischen Staatsvertrages in Ungarn zu verbleiben. Als im Mai 1955 eine Einigung der Großmächte über Österreich auf der Grundlage der militärischen Neutralität sich abzeichnete, suchten die Sowjets nach einer anderen Rechtsgrundlage für ihr weiteres Verbleiben in Ungarn. Sie halten einen Rückzug aus den osteuropäischen Staaten, die ihr militärisches Vorfeld bilden, nur unter der Voraussetzung für möglich, daß entweder die deutsche Frage in einem für sie tragbaren Maße gelöst ist oder gewährleistet wird, daß die von ihnen geräumten Länder sich zur Bündnislosigkeit verpflichten.

Im Hinblick auf die Pariser Verträge, durch die die Bundesrepublik Deutschland in den militärischen Westblock, die NATO, eingegliedert wurde, schloß die Sowjetunion mit den osteuropäischen Volksdemokratien und der DDR am 14. Mai 1955 einen Beistandspakt ab, den sogenannten *Warschauer Pakt*. Die Chinesische Volksrepublik, die als Beobachter vertreten war, stimmte dem Vertrag zu. Nach dem Vertrage wurde ein Vereintes Kommando der Streitkräfte der Partnerstaaten unter Leitung des Sowjetmarschalls Konjew und ein «Politi-

scher Beratender Ausschuß» gebildet. Die Konstruktion gleicht sehr der NATO, die unter amerikanischem Oberbefehl steht. In dem Vertrag ist ferner eine gegenseitige Beratung vereinbart und eine militärische Beistandspflicht. Gemäß Artikel 7 verpflichten sich die Partner, sich an keinen Bündnissen zu beteiligen und keine Abkommen abzuschließen, deren Zielsetzung den Zielen dieses Vertrages widerspricht. Der Vertrag ist auf zwanzig Jahre *unkündbar* abgeschlossen worden, soll allerdings außer Kraft treten, wenn ein kollektiver Sicherheitsvertrag aller europäischer Länder abgeschlossen wird. Mit Polen, Ungarn und Rumänien wurden auf Grund des Artikels 5 des Warschauer Paktes Sondervereinbarungen über sowjetische Truppenstationierungen in diesen Ländern getroffen. In Albanien, Bulgarien und der Tschechoslowakei wurden keine sowjetischen Truppen stationiert.

Als die Unruhen in Polen auch auf Ungarn übergriffen, hielt sich die sowjetische Armee in Ungarn zurück. Sie verhinderte nicht, daß an Stelle des moskauhörigen KP-Führers Ernö Gerö, der einmal Mitglied des Politbüros der Komintern war und u. a. während des Krieges die Berichte des Nationalkomitees «Freies Deutschland» zensierte, der Nationalkommunist Kadar und an die Stelle des Ministerpräsidenten Hegedues der Nationalkommunist Nagy gesetzt wurde. Die Tragödie begann erst, als Teile der ungarischen Bevölkerung gegen die sowjetischen Truppen selbst Stellung nahmen und die Besonnenen an die Wand gedrückt worden waren. An die Stelle des «roten» Terrors, dem die Bevölkerung zu entrinnen sich anschickte, trat der «weiße» Terror. Politische Gegner, sonderlich Angehörige der politischen Polizei, wurden gelyncht, ohne Rechtfertigungsmöglichkeit, geschweige denn Gerichtsverfahren, erhängt und teilweise bei lebendigem Leibe eingemauert. Zu diesem Zeitpunkt hatten ungarische Regierungsstellen – wer die Verantwortung dafür trägt, ist noch umstritten – die sowjetischen Truppen in Ungarn um ein Eingreifen gebeten. Noch einmal schien es aber, als ob die äußerste Zuspitzung vermieden werden könnte, als es Nagy gelang, mit Teilen der Aufständigen einen Waffenstillstand zu vereinbaren, eine Koalitionsregierung zustandezubringen und mit den Russen über einen Abzug ihrer Truppen zu verhandeln. Dann geschah das Unbegreifliche: Nagy kündigte einseitig den Warschauer Pakt. Dieser Vertragsbruch löste eine schnelle und brutale Reaktion der Sowjets aus: sie besetzten alle wichtigen Punkte des Landes, beseitigten die Regierung und setzten eine neue Regierung unter Kadar ein. Zur Stunde ist es noch nicht sicher, ob die Kämpfe in Ungarn beendet sind.

Dem ungarischen Volk, das um seine Unabhängigkeit und seine Freiheit nach innen und außen kämpft, gehört alle unsere Bewunderung. Einer Regierung, die Vertragsbruch begeht und das Volk schwersten Konsequenzen dieses Vorgehens aussetzt, gehört sie nicht. Als

Symptom für die geänderte Einstellung kann *die Haltung Chinas* gelten, das das Streben der Ungarn nach Unabhängigkeit anerkannte, ja begrüßte, das spätere Verhalten der Regierung dagegen scharf verurteilte.

Beziehen wir uns auf die deutsche Situation. Unterstellt, das deutsche Volk wünsche seine Freiheit und Unabhängigkeit und damit zwangsläufig den Abzug aller ausländischen Truppen von deutschem Boden. Unterstellt, es käme dabei zu Aufständen, zu Lynchjustizakten gegenüber Angehörigen der politischen Polizei, zu Angriffen gegen die Besatzungstruppen und schließlich gar zum einseitigen Bruch der Pariser Verträge durch eine deutsche Regierung. Ich fürchte, nach allem, was wir seit Jahren in Guyana, Indochina, Marokko, Tunesien, Zypern und Ägypten erlebt haben, würde die Reaktion zumindest der Engländer und Franzosen nicht anders sein als die der Sowjets. Man denke nur an die Notstandsklausel!

Was hilft uns weiter? Eine moskauhörige Regierung in Budapest, Friedhofsruhe auf der Spitze sowjetischer Bajonette – das kann, darf und wird nicht das letzte Wort sein. Das ungarische Volk hat – wie jedes andere Volk – ein Recht auf die freie Selbstbestimmung seines Weges im Rahmen der Völkerrechtsordnung.

Die Lösung für Ungarn, für das übrige Osteuropa, für die unterdrückten oder bedrängten Nationen in Afrika und Asien kann nur so gefunden werden, daß die Großmächte in Ost und West darauf verzichten, andere Staaten zu Satelliten zu machen und fremdes Land unter militär-politischen Gesichtspunkten zu mißbrauchen. Das ungarische Problem wird gelöst, sobald die Westmächte eine verbindliche Vereinbarung mit der Sowjetunion darüber treffen, daß Osteuropa nicht als ein neuer Einkreisungsgürtel gegenüber Rußland verwendet wird. Das geopolitische Interesse der Westmächte an diesem Raum war immer groß. 1948 gelang es zum Beispiel, den ungarischen Gesandten in Kairo, den Schwiegersohn des damaligen Präsidenten, *Tildy*, der auch jetzt wieder eine Rolle gespielt hat, zu bestechen, die Chiffre des Auswärtigen Amtes von Budapest an die Amerikaner zu verraten. Es gibt begründete Hoffnung, daß die USA – nicht zuletzt im Hinblick auf die Revolution in der Waffentechnik – sich in absehbarer Zeit zu einer friedlichen Generalbereinigung bereitfinden werden.

Die Bundesregierung hat schärfste Worte gegenüber den Sowjets gefunden. Das hilft niemandem. In Bonn sollte man ein Wort des polnischen «Freiheitshelden» Gomulka ernsthaft überdenken, der sagte, in Polen würden so lange sowjetische Truppen bleiben, wie in Westdeutschland im Rahmen der NATO aufgerüstet werde.

Auch von uns hängt es ab, wann Europa unabhängig sein wird.

Diether Posser